

Ingeborg Gabriel

## Demokratie in Zeiten der Globalisierung

### *Einige aktuelle Herausforderungen*

#### 1. Einleitung

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur technisch und wirtschaftlich, sondern auch politisch tiefgreifend verändert. Die größte politische Veränderung stellt die weltweite Ausbreitung der Demokratie als Regierungsform dar. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verdreifachte sich die Zahl jener Staaten, in denen wenigstens gewisse demokratische Partizipationsrechte bestehen.<sup>1</sup> Angesichts der Tatsache, dass nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen das Ende der Demokratie vorhergesagt wurde, stellt dies «eine der ermutigendsten Tendenzen der letzten Jahrzehnte»<sup>2</sup> dar. Dabei soll nicht vergessen werden, dass sich diese Entwicklung dem aktiven Einsatz vieler Menschen verdankt, die – oft unter größten persönlichen Opfern – mehr politische Freiheit, Anerkennung der Menschenrechte und selbstverantwortliche Partizipation in ihren Ländern erkämpften. Zum ersten Mal in der Geschichte lebt somit heute eine Mehrheit von Menschen in demokratisch regierten Staaten und hat damit die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung des eigenen Gemeinwesens mitzuwirken.<sup>3</sup>

Doch es gibt auch den gegenläufigen Trend zunehmenden Unbehagens in und an der Demokratie. Dies zeigt sich in einer Abnahme der Wahlbeteiligung, in sinkenden Zustimmungswerten für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und besonders dramatisch in Lateinamerika,<sup>4</sup> aber auch in einem besorgniserregenden Desinteresse, einer Demokratieverdrossenheit besonders bei der Jugend in den alten Demokratien.<sup>5</sup> Den demokra-

<sup>1</sup> Die Zahl der demokratisch regierten Länder ist zwischen 1974 und 1997 von 39 auf 117 gestiegen, vgl. Weltentwicklungsbericht 1997. Der Staat in einer sich ändernden Welt, Washington 1997, 130.

<sup>2</sup> The Commission on Global Governance (ed.), *Our Global Neighbourhood*, Oxford 1995, 57.

<sup>3</sup> Dies gilt auch dann, wenn man in Rechnung stellt, dass die demokratischen Standards in den einzelnen Ländern und Ländergruppen sehr unterschiedlich sind, vgl. Weltentwicklungsbericht, 130.

<sup>4</sup> So nahm die Zahl der BürgerInnen, die die Demokratie befürworteten, in Lateinamerika zwischen 1997-2001 rapide ab. Sie fiel in Argentinien von 75% auf 58%, in Brasilien von 50% auf 30%, in Mexiko von 52% auf 48%, in El Salvador gar von 66% auf 25% und in Bolivien von 66% auf 54%, vgl. «Schlechte Noten für die Demokratie»: Die Presse vom 7.8. 2001, 2.

<sup>5</sup> Eine weitverbreitete Skepsis hinsichtlich der Problemlösungskapazität und Funktionstüchtigkeit demokratischer Institutionen unter deutschen Jugendlichen zeigt die sogenannte Shell-Studie auf, vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.), *Jugend '97. Zukunftsperspektiven gesellschaftlichen Engagements. Politische Orientierung*, Opladen 1997, besonders 303-342.

tisch gewählten Regierungen gelingt es demnach offenbar nicht, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen, bzw. jenes politische Interesse zu wecken und wach zu halten, das für eine Demokratie unabdingbar ist.

Die Entwicklung ist damit in sich paradox: Immer mehr Menschen leben in demokratischen Staaten, und die Demokratie gilt als einzig legitime politische Regierungsform. Zugleich nehmen jedoch Unbehagen und Skepsis hinsichtlich ihrer politischen Leistungs- und Überlebensfähigkeit zu. «In einer Zeit, in der immer mehr Länder und Gruppen von Afrika bis Osteuropa, von Asien bis Lateinamerika sich die Idee der Demokratie zu eigen machen, erscheint die Effizienz der Demokratie als nationale Form politischer Organisation fragwürdig geworden zu sein.»<sup>6</sup> Dieses Paradoxon lässt sich am besten aus einer doppelten Dynamik der Globalisierungsprozesse erklären, die einerseits die Verbreitung der Demokratie fördern und andererseits ihren Bestand unterminieren.

Daher ist es ethisch eminent wichtig, sich um die Zukunft der politischen Autonomie und damit umfassend um die durch die europäische Moderne geschaffene und propagierte politische Kultur unter den Bedingungen der Globalisierung Gedanken zu machen. Dies umso mehr als Demokratie mehr ist als eine Regierungsform. Sie ist «weitgehend zu einer Bezeichnung für eine Zivilisation geworden»,<sup>7</sup> die für Freiheitsrechte, friedlichen Interessenausgleich, Mitbestimmung, aber auch wirtschaftlichen Wohlstand steht.<sup>8</sup>

Ich werde zuerst die unterschiedlichen Arten der Globalisierung, einschließlich jener der politischen Kultur, kurz skizzieren. Im zweiten Abschnitt sollen drei aktuelle Problemanzeigen hinsichtlich des Projekts der Demokratie formuliert werden: Wie steht es um seine kulturellen und moralischen Grundlagen? Was bedeutet die Erosion des Nationalstaats für die Demokratie? Und zuletzt: Wie verhalten sich ökonomische und politische Globalisierungsprozesse zueinander? Dies führt dann im dritten Abschnitt zur «schwindelerregenden Frage»<sup>9</sup>, ob und wie die Grundanliegen der Demokratie, also Volkssouveränität, Partizipation und Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber den Regierten unter den Rahmenbedingungen der ökonomischen Globalisierung gewahrt werden können und welche Rolle dabei den Kirchen zukommt.

---

<sup>6</sup> David Held, *Rethinking Democracy. Globalization and democratic theory*: Wolfgang Streeck (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt 1998, 59-78, 59.

<sup>7</sup> Giovanni Sartori, *Demokratietheorie*, Darmstadt 1997, 11.

<sup>8</sup> Oder wie der einflussreiche Demokratietheoretiker Josef Schumpeter 1944 schrieb: «Allein schon das Wort kann zu einer Fahne, zu einem Symbol all dessen werden, was dem Menschen teuer ist, was er an seinem Lande liebt, ob es nun rational dazu gehört oder nicht.», Josef Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 3. Aufl., München 1972, 423.

<sup>9</sup> Hauke Brunkhorst, *Einleitung*: Hauke Brunkhorst/Matthias Kettner (Hg.), *Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht und Medien*, Frankfurt 2000, 10.

## 2. Die verschiedenen Arten der Globalisierung: eine Begriffsklärung

Globalisierungsprozesse gibt es *sensu stricto* seit dem frühen 16. Jahrhundert, nämlich der ersten Weltumsegelung durch europäische Seeleute und Abenteurer im Jahre 1519-22. Sie wurden ermöglicht durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Techniken, vor allem durch das Wissen um die Kugelgestalt der Erde und die Erfindung des Kompass. In der Folge kam es zu einer Ausweitung des Handels entlang der neuen Verkehrswege. Über dieselben Routen wurden aber auch vor allem religiöse Ideen und Überzeugungen verbreitet. Dies geschah zuerst durch christliche Missionare. Seit dem 18. Jahrhundert und vor allem im Zuge der weltweiten Kolonialisierung im 19. Jahrhundert kam es überdies zu einer globalen Verbreitung säkularer, vor allem auch politischer Ideen.

Der gegenwärtige Globalisierungsschub folgt ebendiesem Muster und treibt die globale Vernetzung auf allen Ebenen in qualitativ neuer Weise voran. Die Basis bilden damals wie heute wissenschaftlich-technische Erfindungen, diesmal jene der Kommunikationstechnologie. Diese ermöglichen ihrerseits eine Globalisierung der Märkte, allen voran der Finanzmärkte, aber – wenn auch sachbedingt weniger umfassend – auch der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte, eben jene wirtschaftliche Globalisierung, die gemeinhin mit dem Begriff assoziiert wird. Dazu kommt als dritte Komponente eine weltweite Verbreitung von Ideen und Konsummustern. Obwohl langfristig vielleicht am einflussreichsten, findet diese Dimension der Globalisierung weniger Beachtung. Doch – wie schon Marx erkannt hatte – in der modernen Welt wird nicht nur die Ökonomie global, sondern «auch die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nation werden Gemeingut ... und aus den vielen nationalen und lokalen Kulturen bildet sich eine Weltkultur». Die technische Entwicklung führe so zu einer «allseitige(n) Abhängigkeit der Nationen voneinander ... in der materiellen, wie auch in der geistigen Produktion.»<sup>10</sup>

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa wurde das liberale Ideengut der Moderne, also der politische und wirtschaftliche Liberalismus, weltweit verbreitet und übernommen. Mit politischem Liberalismus wird wesentlich die Ideentrias von nationaler Selbstbestimmung, Menschenrechten und Demokratie bezeichnet. Diese drei konstitutiven Elemente der politischen Kultur der Moderne sind von ihrer historischen Genese aber auch systematisch engstens miteinander verknüpft. Daraus sowie aus der Frage nach dem Verhältnis von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus ergeben sich die folgenden drei Problemanzeigen.

---

<sup>10</sup> Karl Marx, MEW 4, Berlin 1990, 466.

### 3. Demokratie in Zeiten der Globalisierung: drei Problemanzei- gen

#### 3.1. *Demokratie als Kulturprojekt:*

#### *kulturverträgliche Gestaltung und moralische Voraussetzungen*

Die Erfindung der Demokratie als jene Form politischer Herrschaft, in der die Regierenden durch die Zustimmung der Regierten für die Ausübung ihres Amtes durch Wahlen legitimiert werden, an denen alle Staatsbürger und -bürgerinnen auf der Basis der Gleichheit teilnehmen, vollzog sich in Europa in zwei Phasen: Die erste war jene der griechischen Polisdemokratie des 5. Jahrhunderts v. Chr. Die harsche Kritik Platons, der die Demokratie als gesetzlose Mehrheitsherrschaft abwertet, die notwendig in der Tyrannis als schlechteste aller Staatsformen mündet,<sup>11</sup> wirkt bis in die Zeit der Aufklärung nach. Kant spricht daher nicht von Demokratie, die für ihn einen «Despotismus» darstellt, sondern von der Republik zur Kennzeichnung der Regierungsform, die Freiheit und Selbstbestimmung der Regierten garantiert.<sup>12</sup>

Die zweite Phase, jene der modernen oder liberalen Demokratie wurde im 17./18. Jahrhundert durch die Denker der Aufklärung vorbereitet und im 18./19. Jahrhundert, zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich und dann auch in den anderen europäischen Staaten politisch-revolutionär durchgesetzt. Die Grundidee der Demokratie als Volksherrschaft wurde dabei in einer Weise modifiziert, die sie auf nationale Großstaaten anwendbar machte und zugleich gegen Missbrauch und Willkür absicherte. Dies geschah vor allem durch drei Elemente, die für die moderne Demokratie konstruktiv sind:

- Die Repräsentation der Regierten erfolgt durch gewählte Vertreter auf gesetzlicher Grundlage. Die Übernahme der mittelalterlichen Idee der Repräsentation in die moderne Demokratietheorie ermöglichte die Entstehung von nationalstaatlichen «Makrodemokratien»<sup>13</sup>;
- die Erfindung und politische Durchsetzung von Systemen der politischen Gewaltenteilung, die Machtsphären begrenzen und die Machtausübung einzelner funktional und/oder zeitlich durch Ämterrotation beschränken;
- die Rückbindung der Demokratie an die Menschenrechte als verfassungsmäßig vorgegebene Grundrechte, die Regierende und Regierte gleichermaßen verpflichten und dem demokratischen Prozess als sol-

<sup>11</sup> Platon, *Politikos* 302b; *Politeia* VIII, 10-13, 555b 3ff.

<sup>12</sup> Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden*, 1. Definitivartikel: Immanuel Kant, *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Werkausgabe Band XI hrsg. von Wilhelm Weischedel; 1.-10. Aufl., Frankfurt 1993, 204f. Zur Geschichte des Demokratiebegriffes im Allgemeinen vgl. Günther Bien, Hans Maier, *Artikel Demokratie: Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 2, Basel 1972, 49-55.

<sup>13</sup> Giovanni Sartori, 25.

chem entzogen sind.<sup>14</sup> Dies stellt wohl die wichtigste Änderung gegenüber der Antike dar. Die konstitutionelle Demokratie sichert den Minderheiten Rechte zu, die ihre Freiheitssphären schützen und politische Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen und Parteien erst ermöglichen. Diese prinzipielle Verpflichtung der Demokratie auf die Menschenrechte wurde völkerrechtlich zuletzt im Schlussdokument der Menschenrechtskonferenz von 1993 festgeschrieben.<sup>15</sup> Die Kritik, die demokratische Regierungsform sei keiner Wahrheit verpflichtet, trifft daher in dieser Weise nicht zu. Die liberale Demokratie ist zwar nicht an religiöse Werte, aber – im Gegensatz zur direkten Demokratie – an die starke Wertbasis der Menschenrechte als vorpositive Rechte rückgebunden.<sup>16</sup>

Die moderne liberale Demokratie ist somit repräsentativ, gewaltenteilig und konstitutionell.

Diese Genese der Demokratie unter bestimmten historischen und kulturellen Bedingungen ist kein Argument gegen ihre Universalisierung. Doch sie führt notwendig zur Frage: Welcher kulturellen Voraussetzungen und Adaptionen bedarf es, um stabile neue Demokratien zu schaffen? Die Demokratie in Zeiten der Globalisierung steht so vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen geht es um eine kulturelle Adaptation ihrer Formen, zum anderen um die Rückfrage nach ihren moralisch-kulturellen Ressourcen.

Zum ersten: Eine nachhaltige Demokratisierung muss die für die Demokratie zentralen Ideen politischer Autonomie und Partizipation, der Repräsentation und Gewaltenteilung in unterschiedlichen politischen Kulturen und Traditionen zur Geltung bringen. Dies ist in den europäischen Demokratien auch geschehen. Bereits ein erster Blick zeigt, dass es große historisch-kulturell bedingte Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung und Handhabung demokratischer Formen gibt. Als Beispiel sei die österreichische Praxis der sogenannten «großen Koalition» als Regierungsbündnis der beiden Großparteien genannt, die nach dem Zweiten Weltkrieg die österreichische Politik die längste Zeit bestimmte. Eine derartige Koalition gälte weder in Großbritannien noch in den USA als demokratieverträglich. Unter den spezifischen historischen und kulturellen Bedingungen Österreichs ermöglichte sie jedoch erstmals eine über Jahrzehnte hin stabile Demokratie.

<sup>14</sup> Vgl. Otfried Höffe, Die Menschenrechte als Legitimation und kritischer Maßstab der Demokratie: Johannes Schwartländer (Hrsg.), Menschenrechte und Demokratie, Straßburg 1981, 241-274.

<sup>15</sup> World Conference on Human Rights. The Vienna Declaration and Programme of Action, June 1993, Nr. 8. Vgl. auch die Eröffnungsrede des damaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali: «Die Demokratie ist jene politische Rahmenordnung, innerhalb derer die Menschenrechte am besten erhalten (safeguarded) werden können.», vgl. Boutros Boutros-Ghali, Human Rights: The Common Language of Humanity. Opening Statement by the United Nations Secretary General, New York 1995, 17.

<sup>16</sup> Dies zu betonen ist sowohl aus demokratietheoretischen (gegen Carl Schmitt) als auch demokratiepraktischen Gründen wichtig. Denn eine populistische Demokratiekritik sieht in eben dieser Begrenzung der Volkssouveränität durch die Grundrechte eine Verfälschung der «wahren» Demokratie.

In den neuen Demokratien in und außerhalb Europas wird es in gleicher Weise darum gehen, Formen zu finden, die an die «vorhandenen Potentiale von Tradition und Kultur» anknüpfen.<sup>17</sup> Geschieht dies nicht, so kann die Einführung der Demokratie traditionelle Partizipationsformen und machtausgleichende Mechanismen zerstören, ohne neue demokratische Institutionen dauerhaft zu etablieren, und so das Wiedererstehen autoritärer Regierungsformen begünstigen, wie es in den letzten Jahrzehnten häufig der Fall war. Eine kulturell angepasste Ausgestaltung der Demokratie setzt jedoch voraus, dass die Menschenrechte in der Form konstitutioneller Grundrechte als legitimierender und kritischer Maßstab der Demokratie außer Streit stehen.

Zum zweiten: Wie E. W. Böckenförde bereits in den siebziger Jahren festgestellt hat, gründet der demokratische Prozess in individuellen Verhaltensweisen, die er selbst nicht schaffen kann, auf die er jedoch für sein Funktionieren angewiesen ist.<sup>18</sup> Dies gilt hinsichtlich der prinzipiellen Bereitschaft der Staatsbürger, sich an Gesetze zu halten, sich politisch zu engagieren und gegebenenfalls politischen Widerstand innerhalb der demokratischen Rahmenordnung zu leisten, ebenso wie für deren Fähigkeit zur Toleranz gegenüber anderen vor allem politischen Positionen, zur kooperativen Zusammenarbeit u.ä.<sup>19</sup> Diese individuell-moralischen Voraussetzungen sind schwer messbar. Doch erscheint es heute nicht nur in jenen Ländern, in denen kommunistische und andere Regime gegenteilige Verhaltensweisen förderten, sondern auch in den «alten» Demokratien für die Zukunft der Demokratie wesentlich, sich Gedanken darüber zu machen, wie derartige Haltungen u. a. durch politische Erziehung bewusst vermittelt und unterstützt werden können.<sup>20</sup>

### 3.2. *Die Erosion des Nationalstaats und ihre Folgen für die Demokratie*

Die Idee des Nationalstaats wurde seit dem 18. Jahrhundert weltweit verbreitet und politisch durchgesetzt, und er gilt heute als einzig legitime Form politischer Integration. Die Bezeichnung des Zusammenschlusses aller

<sup>17</sup> Bénézet Bujo, Gibt es Demokratie im Singular? Eine Anfrage aus schwarzafrikanischer Perspektive: Antonio Autiero (Hg.), *Ethik und Demokratie*. 28. Internationaler Fachkongress für Moralthologie und Sozialethik, Münster 1998, 47-62, 48.

<sup>18</sup> Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*: ders., *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt 1976, 42-64, 60.

<sup>19</sup> Einen Überblick über die Voraussetzungen der Demokratie aus geistesgeschichtlicher Sicht gibt Herfried Münkler, *Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung?*: ders., *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*, München 1992, 25-46, und über die aktuelle Diskussion bei Walter Reese-Schäfer, *Grenzgötter der Moral. Der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik*, Frankfurt 1997, 309-361 (Sechstes Kapitel: Demokratische Tugendlehre).

<sup>20</sup> Vgl. Miklos Tomka, *Verantwortliches Individuum, Gleichberechtigung und Assoziierung. Voraussetzung und Früchte der Demokratie*: Antonio Autiero (Hg.), *Ethik und Demokratie*. 28. Internationaler Fachkongress für Moralthologie und Sozialethik, Münster 1998, 69-84.

Staaten als «Vereinte Nationen» ist Ausdruck dieser Aufteilung der Welt in nationale Territorien. Die moderne Demokratie setzt nun den Nationalstaat als ihre territoriale und institutionelle Basis voraus. Die gegenwärtige Demokratisierungswelle folgt dabei insofern vorgängigen historischen Mustern, als die demokratische Regierungsform auf den Nationalstaat aufgefropft wird. «Der nationale Anspruch in den Ländern der Dritten Welt gleicht mehr und mehr dem im Europa des 19. Jahrhunderts: er wird zum Anspruch auf Demokratie.»<sup>21</sup>

Der Nationalstaat ist jedoch heute von zwei Seiten der Erosion ausgesetzt: zum einen durch Fragmentierungsprozesse von unten, zum anderen durch Globalisierungsprozesse von oben.

Zum ersten: Die wesentlichen Leistungen des neuzeitlichen Staates waren die Durchsetzung des Gewaltmonopols nach innen gegen marodierende Banden, lokale Potentaten, aber auch ethnische und religiöse Separatismen, d.h. die Befriedung im staatlichen Binnenbereich, sowie die militärische Verteidigung nach außen. Die Durchsetzung des Gewaltmonopols nach innen ist jedoch heute in einer wachsenden Zahl von Staaten aufgrund ethnischer, religiöser und sozialer Spaltungen nicht mehr gewährleistet. E. Hobsbawm hat diese Desintegration von Staaten aufgrund eines neuen «Ethnonationalismus» sowohl in als auch außerhalb Europas als das große Paradoxon der letzten Jahrzehnte bezeichnet.<sup>22</sup> Die Folge sind Bürgerkriege<sup>23</sup> und der Zerfall von Staaten in Teilgebiete, die von lokalen Potentaten beherrscht werden. Dies ist heute die Situation in vielen Ländern Afrikas, aber auch Asiens und Lateinamerikas. Auch in Europa kam es in den neunziger Jahren zum Zerfall multiethnischer Staaten, und ethnische Minderheitenkonflikte gefährden weiterhin den Frieden.<sup>24</sup> Wenn der Nationalstaat aber seine Friedens- und Integrationsfunktion nicht wahrnehmen kann, dann werden die demokratischen Regeln ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt, da friedliche Konfliktaustragung das Grundprinzip der Demokratie darstellt.

Zum zweiten: Der Nationalstaat ist auch starken Erosionsprozessen von oben ausgesetzt. Es erscheint zwar verfrüht, von einem «Abschied vom Nationalstaat»<sup>25</sup> zu sprechen, doch die Verluste an autonomen politischen Gestaltungsmöglichkeiten sind alles andere als marginal, wenn auch Staaten unterschiedlicher Größe naturgemäß in unterschiedlicher Weise betroffen sind.

Die Gründe dafür lassen sich in zwei Gruppen einteilen:

---

<sup>21</sup> Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, 1993, 19.

<sup>22</sup> Vgl. Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt 1992, 1993 f.

<sup>23</sup> Von 61 größeren bewaffneten Konflikten zwischen 1989 und 1998 waren 58 Bürgerkriege, nur drei waren Kriege zwischen Staaten, UNDP (Hg.), *Bericht über die menschliche Entwicklung 1999*, Bonn 1999, 7.

<sup>24</sup> Vgl. Georg Brunner, *Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa*, Gütersloh 1993.

<sup>25</sup> Martin Albrow, *Abschied vom Nationalstaat*, Frankfurt 1998.

Globale Problemlagen, wie Umweltprobleme, Migration und internationale Kriminalität überfordern die Problemlösungskapazität auch größerer Nationalstaaten. Sie verlangen politisch akkordierte globale Lösungen. Dies führt jedoch zu einem Machttransfer von der nationalen zur internationalen, bzw. regionalen politischen Handlungsebene. Die sich dadurch ergebende Einbindung des Nationalstaats in ein Netz globaler und regionaler Verträge verringert zunehmend die Spielräume für autonome politische Gestaltung auf nationaler Ebene.

Globale wirtschaftliche Verflechtungen führen zu einem Verlust von wirtschaftspolitischen Einflussmöglichkeiten. Insoweit die mit dem Nationalstaat deckungsgleiche Nationalökonomie schrittweise zur Globalökonomie wird, entzieht sie sich der Kontrollmacht des Staates. Dieser Prozess wird heute durch eine weltweite, vertraglich geregelte Liberalisierung des Handels (früher im Rahmen des GATT, heute der WTO) beschleunigt. U. Beck spricht in diesem Zusammenhang von Globalismus<sup>26</sup> und unterscheidet so sinnvollerweise zwischen technischer und wirtschaftlicher Globalisierung als Faktum und der Globalisierung als Resultat der Anwendung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin.

Die Kompetenzverschiebungen auf die supranationale Ebene durch Globalisierungsprozesse und Globalismus führen zu einer inhaltlichen Aushöhlung demokratischer Entscheidungsprozesse. Dies stellt «die Idee einer Gemeinschaft, die sich selbst regiert und ihre eigene Zukunft bestimmt – eine Idee, die das Herzstück jeder demokratischen Politik bildet – heute zutiefst in Frage».<sup>27</sup> Mehr noch: J.-M. Guéhenno argumentiert in seinem brillanten Essay, dass dieser Verlust an nationaler politischer Entscheidungsmacht das «Ende der Demokratie» bedeutet.<sup>28</sup> Denn anonyme, vor allem ökonomische Netzwerke üben ihre Macht außerhalb der demokratisch legitimierten Institutionen aus und können von ihnen nicht kontrolliert werden. Die geringeren Entscheidungsspielräume der demokratisch legitimierten Repräsentanten verringern zugleich deren Verantwortlichkeit, da sie fairerweise von den Regierten nicht für politische Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden können, die außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Schon in den nationalstaatlichen «Makrodemokratien» erscheinen die politischen Partizipationsmöglichkeiten vielfach als fiktiv. Dieses Problem wird nun durch die Kompetenzaushöhlung der nationalen Politik wesentlich verschärft. Demokratieverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung sind eine der Folgen. Zugleich verliert die öffentliche Meinungsbildung auf nationaler Ebene, die die politische Austragung von Interessengegensätzen und sozialen Konflikten, aber auch die Konsensbildung kritisch begleitet und vorstrukturiert, an Relevanz. Dies aber trifft den öffentlichen Diskurs als ein Herzstück der Demokratie.

<sup>26</sup> Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?*, München 1997, 26f.

<sup>27</sup> David Held, *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Stanford 1995, 17 (Übersetzung von mir).

<sup>28</sup> Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, München 1993.



Eine erhöhte Transparenz und bessere Information der Staatsbürger hinsichtlich der Entscheidungsmöglichkeiten und -mechanismen könnte dies teilweise ausgleichen. Dennoch stellt der Kompetenzverlust des Staates vor allem die neuen Demokratien vor ernste Schwierigkeiten. Denn sie müssen gleichzeitig mit der Globalisierung den Übergang von der idealen zur real existierenden Demokratie bewältigen, die sich – weit entfernt vom Ideal – als oft undurchschaubarer und schwerfälliger Interessenausgleichsmechanismus darstellt.

### 3.3. *Politischer versus wirtschaftlicher Liberalismus: Eine Quadratur des Kreises?*

Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus haben von ihrem Ursprung her das gleiche emanzipatorische Grundanliegen. Sie sind gegen eine absolutistische oder totalitäre Herrschaft gerichtet, die ihre Bürger ebenso willkürlich enthaupten wie enteignen kann.<sup>29</sup> Werden sie jedoch selbst zur Grundlage von Herrschaft, so entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen politischen und wirtschaftlichen Freiheiten. Nach R. Dahrendorf handelt es sich bei diesem Antagonismus von Politik und Ökonomie, Bürgerrechten und Wirtschaftsfreiheit um eine grundlegende Konstante moderner Gesellschaften,<sup>30</sup> dessen Folge ein andauernder sozialer Konflikt ist. Dieser ist zwar prinzipiell lösbar, doch verlangt dies eine je neue Aushandlung des Gesellschaftsvertrags vor allem in Zeiten des Umbruchs. Individuelle Wirtschaftsfreiheit mit ihren notwendig anti-egalitären Konsequenzen bedarf so, um mit dem Gleichheitsideal der Demokratie kompatibel zu sein, des politisch vermittelten sozialen Interessenausgleichs.<sup>31</sup> Dies ist die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft, die diesen Ausgleich und damit die politische Stabilität in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte. Die neue Rollen- und Machtverteilung, die durch eine globalisierte Wirtschaft geschaffen wird, zerstört jedoch das prekäre nationale Gleichgewicht zwischen den Interessengruppen. Für global agierende wirtschaftliche Akteure bestehen keine Anreize, sich auf soziale Kompromisse im nationalen Rahmen einzulassen. Darüber hinaus zwingt die Konkurrenz der Staaten um Investitionen, technisches Know-how und vor allem um Arbeitsplätze diese dazu, den Interessen der internationalen Wirtschaftsakteure Vorrang bei ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu geben. Aus neoliberaler Sicht führt dies dazu, dass freiheitsbeschränkende politische Institutionen entmachtet werden und mehr individuelle Freiheit als Marktfreiheit möglich wird. Dies

<sup>29</sup> Diese enge Verbindung von ökonomischer und politischer Freiheit zeigt sich u. a. noch bei John Locke, für den «property» sowohl das Eigentum an Sachen, als auch an Leib und Leben meint.

<sup>30</sup> Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart 1992, 8.

<sup>31</sup> Karl Homann, *Demokratie und soziale Gerechtigkeit*: Peter Hünermann/Juan C. Scanzone (Hg.), *Lateinamerika und die Katholische Soziallehre. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm*, Teil 3: *Demokratie. Menschenrechte und politische Ordnung*, Mainz 1993, 75-99, 77.

geschieht durch den Abbau eines sklerotisch gewordenen Sozialstaats in den (europäischen) Industriestaaten, ebenso wie durch die Verringerung der Macht traditioneller Eliten in den Entwicklungsländern.<sup>32</sup> Der Markt bringt so von sich aus das ideale Modell einer demokratischen Gesellschaft hervor. Der Begriff der Demokratie wird dabei unter der Hand umgedeutet. Die ökonomische Gleichheit des Rechts auf wirtschaftliche Betätigung wird nun als deckungsgleich mit der politischen Gleichheit der Partizipation nach dem Prinzip *ein Mann/eine Frau – eine Stimme* verstanden. Ein sozialer Ausgleich wird damit nicht nur faktisch durch die (Rahmen)Bedingungen der Globalisierung erschwert, er wird darüber hinaus aus ideologischen Motiven als nicht wünschenswert abgelehnt. «Radikale Befürworter des ‹Ökonomismus› – also der Wirtschaftsfreiheit als politische Ideologie – negieren nicht nur soziale Faktoren, sondern diskreditieren sie geradezu.»<sup>33</sup>

Da demokratische Regierungen jedoch auf breite Akzeptanz der Bevölkerung und auf soziale Verhältnisse, die von der Mehrheit der Menschen eines Landes als gerecht empfunden werden, angewiesen sind, ist dies demokratiegefährdend. Dies sollte eine der Lehren aus der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sein. Wenn Johannes Messner im Hinblick auf die Zwischenkriegszeit lapidar feststellt, dass «die Demokratie an der sozialen Frage gescheitert (ist)»,<sup>34</sup> dann muss dies auch als eine ernsthafte Anfrage an die Demokratiekompatibilität gegenwärtiger Politik verstanden werden. Denn weit divergierende Lebenschancen und radikal enttäuschte Erwartungen vieler sind in der Tat mit einer demokratischen Regierungsordnung nicht vereinbar. Eine globalisierte Wirtschaft bedarf daher einer regionalen und globalen Aushandlung eines sozialen Kontraktes, um langfristig demokratieverträglich zu sein.

#### *Weltstaat oder Weltsteuerungspolitik?*

Die Frage ist, ob und gegebenenfalls wie die konstitutiven Elemente der Demokratie wie politische Partizipation, verantwortliche Repräsentation und Gewaltenteilung jenseits des Nationalstaats verankert werden können. Anders gesagt: Es geht um die Möglichkeit einer dritten demokratischen Transformation auf Weltebene nach der ersten griechisch-stadtstaatlichen und der zweiten französisch-nationalstaatlichen.<sup>35</sup> Dies stellt eine institutionenethische Frage ersten Ranges dar, die jedoch – wohl auch aufgrund ihrer außerordentlichen Komplexität – bisher noch kaum behandelt wurde. So kritisiert auch die UNESCO, dass anders als im technischen Bereich es auf der sozialen und politischen Ebene an Innovationskraft mangelt.<sup>36</sup>

<sup>32</sup> Ingo Pies, *Globalisierung und Demokratie. Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht*: Hauke Brunkhorst/Matthias Kettner (Hg.), *Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien*, Frankfurt 2000, 53-59, 71.

<sup>33</sup> Ralf Dahrendorf 1996, 19.

<sup>34</sup> Johannes Messner, *Das Naturrecht*, 8. Auflage, Berlin 1984, 870.

<sup>35</sup> Vgl. Robert A. Dahl, *Democracy and its critics*, New Haven 1989.

<sup>36</sup> Report of the World Commission on Culture and Development (ed.), *Our Creative Diversity*, UNESCO 1996, 268.

Einer jener Autoren, der sich extensiv mit der Frage nach einer globalen Demokratie auseinandersetzt, ist Otfried Höffe.<sup>37</sup> In seiner breitangelegten Studie plädiert er für einen universalen Minimalstaat, der unter den Bedingungen der Globalisierung sowohl möglich als auch geboten sei.<sup>38</sup> Die konstitutionelle Grundlage dieses Weltstaates sollen Menschenrechte bilden. Die Gewaltenteilung erfolgt nach den Prinzipien der Subsidiarität und des Föderalismus. Für die Repräsentation überträgt Höffe das deutsche Demokratiemodell auf den Weltstaat. Nach dem Vorbild des Bundestages soll ein demokratisch legitimierter «Welttag» ein Weltparlament bilden. Die wichtigste Kompetenz dieses Weltminimalstaats sei die Friedenssicherung. «Der Völkerstaat, wenn es ihn denn geben soll, trägt für die Sicherheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten Sorge und für – fast – nichts sonst.»<sup>39</sup> Dieses «fast nichts sonst» fällt angesichts der bestehenden Weltordnung gleichwohl recht umfassend aus: Es bezieht sich auf die internationale Regelung von «grenzüberschreitenden ökologischen Beeinträchtigungen, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die des internationalen Drogenhandels und der Verbreitung von ABC-Waffen» ebenso wie das militärische Eingreifen im Falle von Genoziden, also das Recht zur humanitären Intervention.<sup>40</sup> Der hier gebrauchte Sicherheitsbegriff klammert allerdings – im Gegensatz zur neueren Diskussion – die soziale Sicherheit aus.<sup>41</sup> Die Wirtschafts- und Sozialpolitik verbleiben subsidiär in der Kompetenz der Nationalstaaten, wobei letztere überdies eine freiwillige karitative Hilfeleistung darstellt, denn – so Höffe – «zweifelloso gebietet die Menschenliebe, Notleidenden zu helfen. Das Gebot gehört aber nicht zu den geschuldeten Rechtspflichten, sondern zum verdienstlichen Mehr.»<sup>42</sup> Dadurch, dass er die Frage nach dem sozialen Ausgleich auf Weltebene ausklammert, umgeht Höffe jedoch das Kernproblem, nämlich wie ein demokratieverträgliches Maß an sozialer Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt erreicht bzw. erhalten werden kann.

In seinem politischen Entwurf einer «Kosmopolitischen Demokratie» setzt D. Held bei der globalisierungsbedingten Verschiebung der Machtverhältnisse und damit auch der menschlichen Lebenschancen an. Die Demokratietheorie müsse völlig neu überdacht werden, um Kriterien für eine demokratische Politik unter den Bedingungen der Globalisierung festlegen zu können. Neu definiert werden müsse sowohl die Rolle der Wählerschaft, als auch der Repräsentation und der Partizipation. Held schlägt dafür eine Institutionenreform vor, die die bestehende Organisation der Vereinten Nationen als Ausgangspunkt nimmt, institutionell erweitert und stärkt und durch

---

<sup>37</sup> Otfried Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München 1999.

<sup>38</sup> Otfried Höffe, 267.

<sup>39</sup> Otfried Höffe: *Für und Wider eine Weltrepublik*: Christine Chwaszcza/Wolfgang Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, Frankfurt 1998, 204-222, 215.

<sup>40</sup> Otfried Höffe, 221.

<sup>41</sup> Zur breiten Diskussion vgl. UNDP (Hg.), *Bericht über die menschliche Entwicklung 1999*, vor allem 127ff.

<sup>42</sup> Otfried Höffe, 410.

ein Weltparlament ergänzt. Zugleich soll eine regionale Vermittlungsebene zwischen nationalstaatlichen und internationalen Institutionen nach dem Vorbild der Europäischen Union geschaffen werden.<sup>43</sup> Die politische Durchsetzung, ebenso wie die Kontrolle und die Herstellung einer internationalen Öffentlichkeit sind Aufgabe der internationalen und regionalen Nichtregierungsorganisationen. Held entwirft so ein Dreistufenmodell, in dem die Demokratie wie bisher primär auf der nationalstaatlichen Ebene angesiedelt ist, jedoch ergänzt wird durch regionale und internationale demokratisch legitimierte Institutionen. Denn, so seine Schlussfolgerung: «Nationale Demokratie braucht eine internationale kosmopolitische Demokratie, damit sie in der gegenwärtigen Zeit erhalten und weiterentwickelt werden kann.»<sup>44</sup> Eine Schwäche des Entwurfs liegt m.E. darin, dass demokratische Partizipation per se keine soziale Rahmenordnung schafft, die elementaren Gerechtigkeitsanforderungen entspricht. Angesichts dessen sei zuletzt noch der Vorschlag der Gruppe von Lissabon erwähnt, der zwar in sich strukturell eher vage ist, dafür aber soziale Aspekte explizit berücksichtigt. Demnach soll ein globales Vertragssystem geschaffen werden, das vier Grundverträge umfasst: einen Grundbedürfnisvertrag, durch den die Armut überwunden werden soll, einen Erdvertrag, der der Begrenztheit der ökologischen Ressourcen Rechnung trägt, einen Kulturvertrag, der Maßnahmen zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Kulturen durch ein Netzwerk interkultureller Kontakte vorsieht. Der vierte Vertrag ist ein Demokratievertrag, durch den eine internationale Bürgerversammlung eingerichtet werden soll, deren Kompetenzen jedoch nicht näher bestimmt werden. Dieses Vertragssystem einer global governance soll durch die politischen Akteure, also vor allem die Staaten, die wirtschaftlichen Akteure, also vor allem die multinationalen Unternehmen, und die zivilgesellschaftlichen Akteure, d.h. die Nichtregierungsorganisationen, gemeinsam konzipiert und politisch durchgesetzt werden. Der Bericht der Gruppe von Lissabon zeigt damit die Notwendigkeit einer sozial-, umwelt-, kultur- und demokratieverträglichen Steuerung der Globalisierung auf.<sup>45</sup>

Während hinsichtlich der Diagnose, nämlich dass durch die Erosion nationalstaatlicher Kompetenzen die Demokratie ausgehöhlt wird, weitgehende Übereinstimmung besteht, zeigt sich in der Behandlung des Problems ein gravierendes Theoriedefizit, nicht zu reden von den Schwierigkeiten einer praktisch-politischen Durchsetzung von internationalen Mitbestimmungsmodellen.

Zuletzt sei kurz die Frage nach der Verantwortung der christlichen Kirchen, vor allem der römisch-katholischen, in dieser Situation gestellt. Dabei sei zuerst daran erinnert, dass die Kirchen die ältesten zivilgesellschaftlichen

---

<sup>43</sup> Es mag ein Indikator für bestehende Ratlosigkeit sein, dass die wegen ihres Demokratiedefizits vielfach kritisierten Institutionen der Europäischen Union in dieser und anderen Publikationen als Vorbild für demokratische Institutionen auf regionaler Ebene angesehen werden.

<sup>44</sup> David Held, 76.

<sup>45</sup> Vgl. Gruppe von Lissabon (Hg.), Grenzen des Wettbewerbs, München 1995.

Institutionen darstellen, die – jedenfalls idealiter – immer auch ein Gegenpol zur staatlichen und ökonomischen Macht waren. Ebenso sind sie globale Institutionen und daher in besonderer Weise berufen, Globalisierungsprozesse mitzugestalten.

Die katholische Kirche hat bekanntlich nach einer langen Zeit der Gegnerschaft und Abstinenz im Zuge der historischen Erfahrungen mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts die Demokratie als jene politische Regierungsform anerkannt, die der Würde des Menschen am besten entspricht.<sup>46</sup> In den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts trug ihr Einfluss sowohl in Mittel- und Osteuropa, als auch in Lateinamerika wesentlich dazu bei, autoritäre oder totalitäre Regime zu stürzen.<sup>47</sup> Dies ist in sich ermutigend und zeigt, dass die politischen Einflussmöglichkeiten der katholischen Kirche als Institution nicht unbeträchtlich sind.

Der Sache nach spricht bereits Gaudium et spes ausführlich von der Globalisierung, die dort Sozialisation heißt, als wichtigstem «Zeichen der Zeit». Die wachsenden globalen Interdependenzen in allen Bereichen des Lebens, sollen – so die Pastoralkonstitution – auf das normative Ziel der Humanität und Personwerdung aller und jedes einzelnen hingeordnet werden.<sup>48</sup> Die ethische Frage lautet daher einfach: Wie können Globalisierungsprozesse so gesteuert werden, dass sie Autonomie und Reifung aller Menschen fördern. Dabei gehört zur integralen humanen Entwicklung auch Möglichkeit zu aktiver Partizipation an politischen Entscheidungen. Politische Mitbestimmung bei der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten stellt dabei zum einen einen Wert an sich dar, zum anderen gewährleistet sie am ehesten sozial gerechte Verhältnisse.

Ausgehend von diesem allgemeinen Postulat erscheint der Einsatz der katholischen Kirche heute auf drei Ebenen besonders gefordert:

Das katholisch-soziale Denken war seit seinen Anfängen gegenüber einer Politik, die den innerstaatlichen sozialen Ausgleich für verzichtbar erklärte, kritisch eingestellt. Angesichts von Globalisierung und Globalismus müsste die Interdependenz und Unteilbarkeit von Freiheits-, Partizipations- und Sozialrechten verstärkt in den internationalen Diskurs eingebracht werden. Eine derartige Positionierung zugunsten der Unteilbarkeit der Menschen-

<sup>46</sup> Vgl. den Überblick von Lothar Roos, Demokratie, Demokratisierung und Menschenrechte in den Dokumenten der Katholischen Soziallehre: Peter Hünermann/Juan C. Scannone (Hg.), Lateinamerika und die Katholische Soziallehre. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm, 3. Teil: B. Fraling/M. Mols/F. E. Mac Gregor (Hg.), Demokratie. Menschenrechte und politische Ordnung, Mainz 1993, 19-74. Weiters die Beiträge in den beiden Sammelbände der Pontifical Academy of Social Sciences (ed.), Democracy. Some Acute Questions, Vatican City 1999 und Democracy. Reality and Responsibility, Vatican City 2001.

<sup>47</sup> Vgl. ausführlich John J. Di Iulio Jr., Three Questions about Contemporary Democracy and the Catholic Church: Pontifical Academy of Social Sciences (ed.), Democracy. Some Acute Questions, Vatican City 1999, 71-82, 78.

<sup>48</sup> «So nehmen unablässig die Verflechtungen (necessitudines hominis com similibus) der Menschen untereinander zu und führt die «Sozialisation» (socializatio) zu immer neuen Verflechtungen, ohne aber immer eine entsprechende Reifung der Person und wirklich personale Beziehungen («Personalisation») zu fördern.» (GS 6).

rechte erfordert zugleich eine fundierte Kritik an wirtschaftstheoretischen Positionen, die soziale Gerechtigkeit als eigenständiges Ziel von Politik ablehnen bzw. ihre Verwirklichung gegen alle historische Evidenz allein vom Markt erwarten. Da ein nationaler und internationaler sozialer Ausgleich die wichtigste Vorbedingung für stabile Demokratien darstellt bedeutet dies zugleich eine Unterstützung und Absicherung der weltweiten Entwicklung hin zur Demokratie.

Während der politische Widerstand von Christen und Christinnen in den siebziger und achtziger Jahren sich auf nationaler Ebene gegen totalitäre und autoritäre Regime richtete, fordert die gegenwärtige Situation eine aktive und kreative Mitwirkung an der Entwicklung von Formen demokratischer Partizipation auf regionaler und internationaler Ebene. Dies könnte u. a. dadurch geschehen, dass eigenständige Entwürfe einer internationalen Demokratiearchitektur in die Debatte eingebracht werden und so das theoretische Defizit in diesem Bereich verringert wird. Ein zweiter Schritt eines derartigen Langzeitkonzepts wäre ein konzertierter Einsatz für ihre politische Umsetzung.

Die kulturelle und moralische Dimension bedürfte dabei der besonderen Beachtung. Demokratische Regierungsformen werden nur dann mehr als eine kurzfristige aus dem Westen importierte Modeerscheinung sein, wenn es gelingt, demokratische Partizipationsformen und Spielregeln kulturell zu verankern und durch entsprechende moralische Verhaltensweisen abzusichern. Durch die lange Geschichte ihrer Auseinandersetzung mit demokratischen Entscheidungsmechanismen könnte die katholische Kirche hier im Dialog mit anderen Religionen und Kulturen als Mediator wirken.

Die Demokratie ist eine fragile Regierungsform. Sie ist nicht nur auf moralische und kulturelle, sondern auch auf politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen, die einer friedlichen demokratischen Partizipation förderlich sind. Die Globalisierungsprozesse verändern diese Rahmenbedingungen in einer Weise, die es «leicht (macht), hinsichtlich der Zukunft der Demokratie pessimistisch zu sein».<sup>49</sup> Dementsprechend düster sind viele Prognosen, die den Zerfall der modernen politischen Institutionen, einschließlich der Demokratie, vorhersagen.<sup>50</sup> Doch die jüngste Geschichte gibt auch einigen Anlass zur Hoffnung. Die zentrale Frage für die Zukunft ist es daher, wieweit es gelingen wird, die kreativen menschlichen Potentiale, die der Demokratieboom der vergangenen Jahrzehnte freigesetzt hat, zu nutzen. Gelingt dies nicht, dann kann auch auf den Siegeszug der

---

<sup>49</sup> David Held: Streeck, 73.

<sup>50</sup> Vgl. z.B. Ulrich Menzel: «In Sicht ist nur der fortschreitende Zerfall der alten Ordnung, die neue Unordnung oder gar Anarchie der Welt ... Das große Projekt der Moderne von der Zivilisierung der Welt, vom Wohlstand der Nationen, vom ewigen Frieden der Vereinten Nationen, von der universalen Gültigkeit der Menschenrechte, der sozialen Sicherung, dem mündigen Bürger und dessen politischer Partizipation zerfällt. All that is solid – also auch das Projekt Moderne – melts into thin air.» Ulrich Menzel, *Globalisierung versus Fragmentierung*, Frankfurt 1998, 14. Ähnliche Aussagen finden sich bei anderen kulturkritischen Autoren wie Jean-Christophe Rufin und Alain Minc.

Demokratie das «Ende der Illusion»<sup>51</sup> folgen. Angesichts des menschlichen Leids, das dies mit sich bringen würde, erscheint es als eine vorrangige Aufgabe internationaler Ethik zu zeigen, wie Freiheit, Partizipation und Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung zugleich realisiert werden können.

---

<sup>51</sup> Vgl. Francois Furet, *Das Ende einer Illusion: der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996.